Satzung Verein „wechselseitig“

§ 1 Name und Sitz des Vereins, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen „wechselseitig“ Er hat seinen Sitz in Regensburg.
- (2) Der Verein ist in das Vereinsregister einzutragen. Nach der Eintragung führt er den Zusatz „e.V.“
- (3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

- (1) Zweck des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie der Volksbildung und des Natur- und Klimaschutzes.
Das zentrale Anliegen des Vereins ist der Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Die Wahrnehmung aller beteiligten Akteure in ihrer jeweiligen Lebenswirklichkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein Gelingen der anstehenden, die gesamte Gesellschaft betreffenden öko-sozialen Transformation. Dabei ist uns ein besonderes Anliegen, auch Menschen abseits der großen Wissenschaftsstandorte zu erreichen und Hürden für den gegenseitigen Kontakt abzubauen.
Deshalb wird der Vereinszweck realisiert durch die Entwicklung und Umsetzung von Aktivitäten und Projekten, die einen Austausch auf Augenhöhe ermöglichen.
- (2) Der Satzungszweck wird verwirklicht durch
 - Entwicklung und Durchführung von Kommunikationsformaten, die zwischen Wissenschaftlern und Bürgern einen Austausch schaffen.
 - Dazu gehören Veranstaltungen, Pop-up-Räume, Citizen Science Projekte, Workshops, Austausch über visuelle Medien, partizipative Ausstellungen, visuelle Prozessbegleitung und Dokumentation.
 - Die Aktionen werden umgesetzt
 - nach den Grundsätzen guter Wissenschaftskommunikation
 - und durch zielgruppengerechte, wertschätzende Gestaltung.
 - Im Sinne des Austauschs auf Augenhöhe steht im Zentrum aller Aktivitäten die wechselseitige Anerkennung.
 - Aufbau von Kontakten und Netzwerken zwischen Wissenschaft und engagierten Bürgern, Unternehmen, Vereinen oder Kommunen

§ 3 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine Zuwendungen aus Vereinsmitteln. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (4) Die Vereinsämter sind Ehrenämter.

§ 4 Mitglieder

- (1) Mitglied kann jede Person werden, die bereit ist, den Zweck des Vereins zu unterstützen.
- (2) Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Der Eintritt wird mit Aushändigung einer schriftlichen Aufnahmeerklärung wirksam.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Tod oder durch Auflösung der juristischen Person.
- (2) Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem vertretungsberechtigten Vorstandsmitglied. Die schriftliche Austrittserklärung muss mit einer Frist von einem Monat jeweils zum Ende des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorstand erklärt werden.
- (3) Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn sein Verhalten in grober Weise gegen die Satzung oder die Interessen des Vereins verstößt. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Gegen den Ausschluss steht dem Mitglied die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, die schriftlich binnen eines Monats an den Vorstand zu richten ist. Die Mitgliederversammlung entscheidet im Rahmen des Vereins endgültig.

§ 6 Beiträge

- (1) Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe der Beiträge und deren Fälligkeit bestimmt die Mitgliederversammlung.
- (2) Dem Verein können Geld-, Sach- und sonstige Spenden zugewendet werden.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 8 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. An der Mitgliederversammlung können alle Mitglieder teilnehmen.
- (2) Einmal pro Geschäftsjahr findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.
- (3) Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.
- (4) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von einem Monat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen.
- (5) Mitglieder können bis zu einer Woche vor der Versammlung Ergänzungen einreichen, die in die Tagesordnung aufgenommen werden.
- (6) Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich oder für ein Mitglied unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden.
- (7) Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
- (8) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das Versammlungsleiter und Schriftführer zu unterzeichnen ist.
- (9) Die Mitgliederversammlung kann auch im Wege der elektronischen Kommunikation, beispielsweise Audio- bzw. Videokonferenz, oder in einer gemischten Versammlung aus Anwesenden und Audio- bzw. Videokonferenz durchgeführt werden. Ob die Mitgliederversammlung in einer Sitzung oder im Wege der elektronischen Kommunikation oder in

einer gemischten Versammlung aus Anwesenden und Audio bzw. Videokonferenz durchgeführt wird, entscheidet der Vorstand.

§ 8 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht im Sinne des § 26 BGB aus 1. Vorsitzenden und 2. Vorsitzenden. Der Verein wird durch beide Vorsitzende jeweils alleine vertreten.
- (2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Neuwahl im Amt. Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtsperiode aus, so ist der Vorstand berechtigt, für die restliche Amtsperiode ein neues Vorstandsmitglied hinzu zu wählen.
- (3) Dem Vorstand obliegt neben der Vertretung des Vereins die Wahrnehmung der Vereinsgeschäfte nach Maßgabe der Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Mit der Durchführung seiner Aufgaben kann der Vorstand einen Geschäftsführer beauftragen.

§ 9 Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden, bei der 2/3 der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein müssen. Zur Beschlussfassung ist eine Mehrheit von ¾ der erschienenen Mitglieder notwendig.
- (2) Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, ist innerhalb von vier Wochen eine erneute Mitgliederversammlung einzuberufen, die dann unabhängig von der Zahl der einberufenen Mitglieder beschlussfähig ist. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
- (3) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, Bildung und Sozialem.